

**CDU-Initiativen
für die Plenarsitzungen
am 25. und 26. Januar 2017**

1. Aktuelle Debatten
2. Gesetzentwurf: Änderung Landesstraßengesetz
3. Antrag: Infrastrukturprojekte beschleunigen - Planungs- und Genehmigungsverfahren verkürzen
4. Große Anfrage: Situation und Entwicklung der ärztlichen Versorgung in RLP
5. Antrag: Abschiebehaft ausweiten – Gefährder überwachen
6. Antrag: Zuzug reduzieren, Kommunen entlasten: Landesregierung muss Widerstand gegen die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten beenden
7. Antrag: Bildungsqualität sichern – Für einen verlässlichen Schrifterwerb

1. Aktuelle Debatten

- „Koalitionsstreit führt zur Blockade im Bundesrat – Algerien, Marokko und Tunesien endlich als sichere Herkunftsstaaten einstufen“
- „Für ein emanzipiertes Geschlechterbild in den Schulen – Handreichung zum Umgang mit muslimischen Kindern und Jugendlichen überarbeiten“

2. Gesetzentwurf: Änderung Landesstraßengesetz

Anbindung an das Bundes- und Landesstraßennetz ist wichtig

Aus gutem Grund haben die Kommunen das Recht auf **Anbindung an Bundes- und Landesstraßen über eine Kreisstraße**. Der feine Unterschied, ob es sich um eine **Kreis- oder eine Gemeindestraße** handelt, ist für die Kommunen von großer Bedeutung, denn es **geht um Geld – um viel Geld**. Für die Unterhaltung der Kreisstraßen müssen die Kreise, für die der Gemeindestraßen die Gemeinden aufkommen – und die Finanzmittel werden knapper je weiter man nach unten kommt.

Gemeinden fürchten Abstufung von Straßen

Bei den Gemeinden läuten die Alarmglocken: Der Landesbetrieb Mobilität wurde durch die Landesregierung beauftragt, beim Eingang von Förderungsanträgen zur Sanierung von Kreisstraßen zu **prüfen, ob die entsprechenden Kreisstraßen weiterhin als Kreisstraßen eingestuft bleiben können**. Viele Kommunen befürchten nun, dass sie künftig für mehr Straßen als bisher zuständig sein sollen und auf den Kosten sitzen bleiben.

Ortsteile stehen im Regen

Ganz besonders stellt sich diese Frage bei getrennt voneinander gelegenen **Ortsteilen**, denn diese haben nach geltendem Recht **kein Recht auf Anbindung durch eine Kreisstraße**. Besonders bitter ist das für Ortsteile, die früher eigenständig waren, eine Kreisstraße haben und diese nun durch Abstufung zu verlieren drohen. Entsprechendes gilt auch für verbandsfreie Gemeinden.

Zustand der Kreis- und Gemeindestraßen schon jetzt kritisch

Der **Zustand der Kreis- und Gemeindestraßen ist schon jetzt kritisch** Die Fördermittel für den kommunalen Straßenbau betragen im Jahr 2014 mit rund 55 Mio. Euro fast 40 Mio. Euro weniger als noch zu Beginn der 1990er-Jahre. Das ist die Folge SPD-geführter Landespolitik zu Lasten der Kommunen

Abstufung führt zu weiterem Substanzverlust

Wenn zunehmend Kreisstraßen zu Gemeindestraßen abgestuft werden, wird sich der schon jetzt vielerorts kritische Zustand unserer Straßen weiter verschärfen. Denn im Gegensatz zu den Kreisen stehen den **betroffenen Gemeinden keine Mittel aus den allgemeinen Straßenzuweisungen zur Verfügung**. Die Gemeinden sind nicht in der Lage die erheblichen **Unterhaltungskosten – Personal, Winterdienst, Instandsetzungen etc.** – zu stemmen. Gerade die für unser Straßennetz sehr wichtigen Gemeindestraßen in ländlichen Regionen, die außerhalb geschlossener Ortslagen verlaufen, drohen somit zu verfallen.

Definition der Kreisstraße zu Gunsten der Gemeinden ändern

Wir wollen den fortschreitenden Substanzverlust unserer Straßeninfrastruktur stoppen. Mit der von uns vorgeschlagenen **Änderung des Landesstraßengesetzes** wird die **Definition der Kreisstraße so geändert**, dass ein Anbindungsnighteil siedlungsstrukturell selbständiger Ortsteile vermieden wird. **Damit können Kreisstraßen nicht nur dem Anschluss von Gemeinden, sondern auch von räumlich getrennten Ortsteilen an überörtliche Verkehrswege dienen**. Das führt dazu, dass Abstufungen und damit verbundene Lasten, die die Gemeinden nicht tragen können, vermieden werden.

3. Antrag: Infrastrukturprojekte beschleunigen – Planungs- und Genehmigungsverfahren verkürzen

Ohne gute Straßen geht nichts

Alle sind sich eigentlich einig, dass gute Straßen unverzichtbar sind: Für Privatleute, die zu Arbeit fahren oder ihre Kinder in die Schule bringen wollen, aber auch für den Öffentlichen Personennahverkehr und nicht zuletzt für die Wirtschaft, die eine gute Anbindung braucht. Dennoch schiebt Rheinland-Pfalz im Bereich der Straßensanierung einen **Investitionsstau in Höhe von rund 1 Mrd. Euro** vor sich her.

Während die Landesregierung dennoch nur minimal mehr investieren will, hat die **Bundesregierung** den Bedarf erkannt und handelt: Allein in den kommenden 15 Jahren werden knapp **270 Mrd. Euro in Straßen, Schienen und Wasserwege** investiert.

Nicht nur mehr Geld zählt

Es geht aber nicht nur um mehr Geld. Entscheidend ist auch der **Zeitfaktor**. Von der Idee bis zur Umsetzung vergehen in Deutschland - nicht zuletzt durch eine Flut von mehrinstanzlichen Klagen gegen wichtige Infrastrukturprojekte – oft Jahrzehnte Bundesverkehrsminister **Dobrindt will deshalb die Planungs- und Genehmigungsverfahren für überregional wichtige Infrastrukturprojekte beschleunigen**. Die Umsetzung von Infra-

strukturprojekten muss schneller und effizienter werden. Erreicht werden soll das durch eine Verkürzung des Klageweges. **Entsprechende Klagen sollen künftig direkt an das Bundesverwaltungsgericht adressiert werden.** Das führt zu schnelleren Verfahren, zugleich werden Rechtsschutz und Bürgerbeteiligung gewährleistet.

Praktisches Beispiel in RLP – die Anbindung der Schiersteiner Brücke

In Rheinland-Pfalz soll die neue Regelung beispielsweise für den **sechsspurigen Ausbau der A 643** gelten. Nach wie vor ist nicht klar, ob die A 643 zwischen dem Dreieck Mainz und dem Anschluss Mainz-Mombach sechsspurig ausgebaut wird. Ohne den Ausbau würde ein Nadelöhr ab der neu gebauten Schiersteiner Brücke entstehen. Die Folge wären regelmäßige Staus. Die Landesregierung hat nach wie vor keine einheitliche Position zum Ausbau. Der dringend notwendige Planfeststellungsbeschluss lässt weiter auf sich warten.

Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf

- sich dem Vorschlag des Bundesverkehrsministers nach **verkürzten Klagemöglichkeiten** im Zuge der Planung und Umsetzung überregional besonders wichtiger Infrastrukturprojekten anzuschließen,
- darüber hinaus weitere Möglichkeiten aufzuzeigen, wie man die **Planung und Umsetzung** von Infrastrukturprojekte in Rheinland-Pfalz **beschleunigen** kann,
- einen **Planfeststellungsbeschluss für den sechsspurigen Ausbau der A 643** vorzulegen.

4. Große Anfrage: Situation und Entwicklung der ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz

Die Menschen im Land werden immer älter. Gleichzeitig steigt dadurch auch der Bedarf an medizinischen Behandlungen. Gerade in ländlichen Regionen ist es bereits heute oft nicht einfach, einen Arzt in **zumutbarer Entfernung** zu finden. In den nächsten Jahren wird sich diese Entwicklung noch deutlich verschärfen, so Experten. Denn der Beruf des Hausarztes wird **für junge Mediziner zunehmend unattraktiv**, viele Praxen haben Schwierigkeiten, Nachwuchs zu finden. Eine Ursache: **fehlende Anreize**. Auch eine ausgeglichene Work-Life-Balance spielt eine immer wichtigere Rolle. So rechnet man damit, dass man etwa drei Ärzte der „neuen Generation“ benötige, um zwei niedergelassene Ärzte zu ersetzen.

Landesregierung hat die Entwicklung verschlafen

Bereits 2002 hatte die CDU-Landtagsfraktion einen Antrag der ärztlichen Versorgung in den Landtag eingebracht. Schon zu dieser Zeit gab es ernstzunehmende Hinweise auf wachsende Probleme, vakante Arztstellen, insbesondere im ländlichen Raum neu zu besetzen.

Dabei warnt auch die Kassenärztliche Vereinigung (KV) bereits seit vielen Jahren vor Problemen bei der Gewährleistung der ärztlichen Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum. Auch die **vorliegende Große Anfrage** stützt diese Annahme.

Doch damals wie heute wurde und wird die Entwicklung seitens der Landesregierung negiert bzw. verharmlost. Bis heute fehlt ein nachhaltiges Konzept, das auf die Herausforderungen eingeht, die der demografische Wandel für die ärztliche Versorgung bedeutet.

Das Land muss für die Zukunft besser vorbereitet werden

Erst nach langer Verzögerung ist der von Ärzteschaft und CDU-Fraktion lange angemahnte **Lehrstuhl für Allgemeinmedizin** in Rheinland-Pfalz eingerichtet worden. Das alleine reicht aber nicht aus. Die Landesregierung muss seine **Arbeit auch evaluieren**, um sicher zu stellen, dass die Angebote ausreichen.

Auch einer **Erhöhung der Studienplatzanzahl** verweigert sich die Landesregierung. Ausweislich der Antwort auf die Große Anfrage geht sie nicht davon aus, dass dies auch zu mehr Absolventen führen würde, die anschließend auch in Rheinland-Pfalz praktizieren würden. Diese Haltung deckt sich aber keineswegs **mit Positionen aus der Ärzteschaft**. Verbände plädieren längst für ein Mehr an Studienplätzen (Deutsches Ärzteblatt Heft 9/2015, KV-Versorgungsatlas 2016).

Förderung ist nicht praxisgerecht

Zwar hat die Landesregierung pro Jahr 500 000 Euro für ein Förderprogramm für ärztliche Versorgung im ländlichen Raum in den Haushalt eingestellt. Aber in 2015 wurde gerade einmal knapp die Hälfte, rund 232 000 Euro abgerufen; bis Ende November 2016 sogar nur 137 000 Euro. Grund: das Programm ist schlicht nicht attraktiv gestaltet, der **Aufwand zur Beantragung der Fördermittel viel zu hoch**. Hier ist eine Neukonzeption unter Einbeziehung der Ärzte und der Kommunen dringend notwendig.

Konkrete Vorschläge werden abgelehnt

Die CDU-Fraktion hält **Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung** der ärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz, insbesondere im ländlichen Raum, für unverzichtbar. Deshalb haben wir konkrete Vorschläge gemacht – die die Landesregierung bisher alle ablehnt.

Dazu gehören:

- Die **Einführung von Stipendienprogrammen** für Medizinstudentinnen und -studenten, wenn sie sich **verpflichten, als Hausarzt tätig zu werden**, nach dem Vorbild anderer Länder.
- Die Einführung eines **Modellstudiengangs für eine praxisorientierte Ausbildung** und zur Weiterentwicklung des Medizinstudiengangs.
- Die **Neukonzeption der finanziellen Förderung** der ärztlichen Versorgung in ländlichen Regionen, damit eine gezielte Förderung möglich wird.
- Die bessere **Förderung der Telemedizin**, insbesondere im Bereich der Notfallmedizin. Dazu ist ein flächendeckender Breitbandausbau allerdings Voraussetzung.
- Die **Erhöhung der Zahl der Studienplätze** im Bereich Medizin.

5. Antrag: Abschiebehaft ausweiten - Gefährder überwachen

Der internationale Terrorismus ist in Deutschland angekommen. Salafisten und Anhänger des sogenannten Islamischen Staats wollen unsere freie und aufgeklärte Gesellschaft bekämpfen. Alleine in Rheinland-Pfalz gibt es nach Angaben des Innenministeriums zurzeit **14 sogenannte Gefährder**, denen eine terroristische Tat im Land zugetraut wird. Einige der Gefährder, die sich in Deutschland aufhalten, sind keine Deutschen und müssten eigentlich das Land verlassen.

Schon jetzt ist es möglich, einen **Ausreisepflichtigen für sechs Monate** in Abschiebehaft zu nehmen, die sogar um weitere zwölf Monate verlängert werden kann. Nach der geltenden Rechtslage ist es aber schwierig, einen Gefährder in Abschiebehaft zu nehmen. Ein eigenständiger Haftgrund fehlt bislang. Das CDU-geführte Bundesinnenministerium hat daher einen Gesetzentwurf erarbeitet, der die Einführung des **neuen Haftgrundes „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“** vorsieht. Bundesjustizminister Maas hat nun seine Zustimmung zu dieser Initiative signalisiert.

Schärfere Überwachung für Gefährder

Durch diesen neuen Haftgrund sollen **ausreisepflichtige Gefährder**, die ein Risiko für die öffentliche Sicherheit darstellen, in **Abschiebehaft** genommen werden können. Beide Minister haben außerdem vereinbart, die rechtlichen Möglichkeiten zu schaffen, dass „Gefährder“ zukünftig mit einer **elektronischen Fußfessel** überwacht werden können.

Denn unsere Sicherheitsbehörden sind **personell nicht in der Lage**, diese Personen rund um die Uhr zu überwachen und zu observieren. Durch den Einsatz elektronischer Fußfesseln können zudem Bewegungsprofile erstellt werden.

Uneinigkeit in der Regierungskoalition

Aus der Ampel-Regierung kommen - gerade zur Fußfessel - sehr widersprüchliche Äußerungen. Während sich Herr Lewentz den Einsatz der Fußfessel vorstellen kann, lehnt seine grüne Kabinettskollegin Spiegel dies rundweg ab. Der FDP-Justizminister Mertin wiederum hat verfassungsrechtliche Bedenken – während sich der SPD-Bundesjustizminister Maas offen dafür zeigt. Hier sollte die **Ministerpräsidentin eine klare Linie** in ihre Koalition bringen.

Die CDU-Fraktion fordert deshalb die Landesregierung auf,

- die Bundesminister de Maizière und Maas bei ihrem Vorhaben - insbesondere im **Bundesrat** - zu unterstützen, einen **neuen Haftgrund für "Gefährder"** einzuführen,
- die Bundesminister de Maizière und Maas bei ihrem Vorhaben - insbesondere im **Bundesrat** - zu unterstützen, die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene zu schaffen, um „Gefährder“ **zukünftig mit elektronischen Fußfesseln** zu überwachen,
- auf Landesebene durch **Änderung der entsprechenden Landesgesetze** die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um „Gefährder“ mit elektronischen **Fußfesseln** zu überwachen.

6. Antrag: Zuzug reduzieren, Kommunen entlasten: Landesregierung muss Widerstand gegen die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten beenden

Sichere Herkunftsländer auch als solche ausweisen

Die Zahl der Asylbewerber aus Tunesien, Marokko und Algerien - Länder in denen Deutsche ihren Urlaub verbringen - nimmt rasant zu. Zugleich ist die Anerkennungsquote gering. Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich deshalb seit langem dafür aus, diese Staaten in die Liste der sicheren Herkunftsländer aufzunehmen. Das ändert nichts an dem Individualrecht auf Asyl für tatsächlich Verfolgte, würde die Asylverfahren erheblich beschleunigen.

Landesregierung blockiert

Die entsprechende Einstufung der Westbalkanstaaten hat gezeigt, dass diese Maßnahme nicht nur die Verfahren beschleunigt, sondern auch den Zustrom bremst. Dennoch blockiert die rheinland-pfälzische Landesregierung eine Neuregelung im Bundesrat.

Rücknahmeabkommen wichtig

Parallel zur Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten müssen Rücknahmeabkommen mit diesen Ländern vereinbart werden. Hier braucht der Bundesinnenminister bessere Unterstützung auch vom SPD-geführten Bundesaußenministerium.

Wir fordern von der Landesregierung, dass

- sie eine eigene Initiative in den Bundesrat mit dem Ziel einbringt, Marokko, Algerien und Tunesien in die Liste der sicheren Herkunftsländer aufzunehmen,
- sie die Bundesregierung nach Kräften bei der Aushandlung von Rücknahmeabkommen mit den Staaten Marokko, Algerien und Tunesien unterstützt.

7. Antrag: Bildungsqualität sichern – Für einen verlässlichen Schrifterwerb

Gerade die Kleinen brauchen festen Rahmen

Gerade die Kleinen brauchen in ihren ersten Schuljahren berechenbare Strukturen. Eine sehr offene Methodik stellt entwicklungspsychologisch für viele Kinder eine Überforderung dar. Das gilt gerade auch für das Schreibenlernen.

Das gilt umso mehr für leistungsschwache Schüler, Schüler aus sozial schwachen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund. Gerade die offene Methodik des Schreibenlernens in Form des Spracherfahrungsansatzes nach Hans Brügelmann oder des Lesens durch Schreiben nach Jürgen Reichen haben unter anderem dazu geführt, dass die soziale Bildungsschere gerade in der Kernkompetenz, der Beherrschung von Wort und Schrift, dramatisch auseinandergeht.

Lese-, Rechtschreibschwäche steigt an

Rückmeldungen aus den weiterführenden Schulen zeigen, dass die Zahl der Schüler mit einer Lese-, Rechtschreibschwäche stark ansteigt. Im Gegensatz zur Legasthenie sind die Ursachen hierfür nach Angaben des Bundesverbandes für Legasthenie unter anderem auf einen nicht sachgerechten Unterricht in der Grundschule zurückzuführen und nicht, wie bei der klassischen Legasthenie, auf vorgegebene Dispositionen.

Wir fordern deshalb von der Landesregierung, dass

- sie den Rahmenlehrplan Deutsch für die Grundschule dahingehend überarbeitet, dass der regelbasierte Schrifterwerb wieder zum allgemeinen Standard wird;
- sie Zahlen vorlegt, wie sich die Zahl der Schüler in den weiterführenden Schulen entwickelt hat, denen eine Lese- Rechtschreibschwäche attestiert wird.